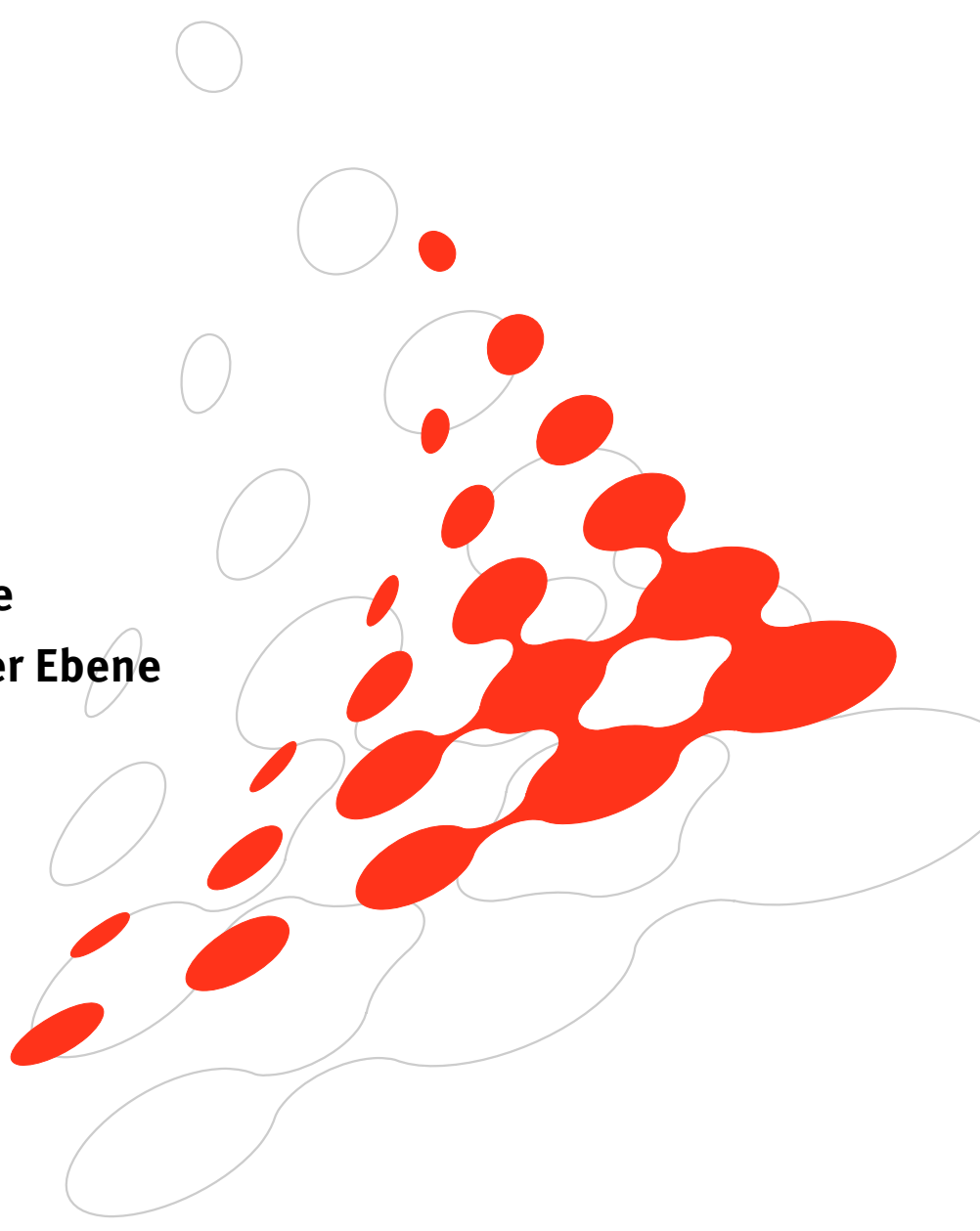




FFG

**Leitfaden für
F&E Einzelprojekte
auf transnationaler Ebene**

Version 1.2





Inhaltsverzeichnis

0	PRÄAMBEL	3
1	ANFORDERUNGEN UND FÖRDERUNGSKONDITIONEN	3
1.1	Was sind F&E Einzelprojekte auf transnationaler Ebene?	3
1.2	Wer ist förderbar bzw. teilnahmeberechtigt?.....	4
1.2.1	Wer ist förderbar und teilnahmeberechtigt?	4
1.2.2	Wer ist teilnahmeberechtigt, aber nicht förderbar?	5
1.3	Wie hoch ist die Förderung?	5
1.4	Welche Kosten werden anerkannt?	6
1.5	Was ist bei der Regelung der Verwertungsrechte zu beachten?.....	7
1.6	Nach welchen Kriterien werden die Förderungsansuchen beurteilt?.....	7
1.7	Welche Dokumente sind für die Einreichung erforderlich?	7
1.8	Müssen weitere Projekte angegeben werden?.....	8
1.9	Wissenschaftliche Integrität.....	8
2	ABLAUF DER EINREICHUNG	9
2.1	Wie verläuft die Einreichung?	9
2.2	Wie wird die Geheimhaltung von vertraulichen Projektdaten gesichert?	9
3	PROJEKTBEWERTUNG UND FÖRDERUNGSENTSCHEIDUNG	10
3.1	Was ist die Formalprüfung auf nationaler Ebene?.....	10
3.2	Wie verläuft das Bewertungsverfahren?	10
3.3	Wer trifft die Förderungsentscheidung?.....	10
4	ABLAUF NACH DER FÖRDERUNGSENTSCHEIDUNG	11
4.1	Wie erfolgt die Förderungsvertragserrichtung?	11
4.2	Wie sind Empfehlungen und Auflagen zu berücksichtigen?	11
4.3	Wie erfolgt die Auszahlung der Förderungsraten?	11
4.4	Welche Berichte und Abrechnungen sind auf nationaler Ebene erforderlich?.....	12
4.5	Wie sollen Projektänderungen kommuniziert werden?.....	13
4.6	Kann der Förderungszeitraum verlängert werden?.....	13
4.7	Was passiert nach dem Ende der Projektlaufzeit?	14
5	Anhang I: Was bedeuten „Industrielle Forschung“ und „Experimentelle Entwicklung“?	15

0 PRÄAMBEL

Der Leitfaden für F&E Einzelprojekte auf transnationaler Ebene enthält die grundlegenden **Anforderungen, Förderungskonditionen und Abläufe** für die Einreichung des nationalen, als F&E Einzelprojekt (kurz Einzelprojekt) bezeichneten Projektteiles des österreichischen Projektteilnehmers; das Einzelprojekt ist integrativer Bestandteil eines transnationalen Projekts (ERA-NET, Joint Programming Initiative und dgl.).

Im Zuge der Veröffentlichung einer transnationalen Ausschreibung werden in einem gesonderten Dokument (transnationaler Ausschreibungsleitfaden) die Spezifika der Ausschreibung (die im Einzelfall vom Inhalt dieses Dokuments abweichen können), wie Ausschreibungsinhalte, Ausschreibungsziele und Einreichfristen dargestellt. Gegebenenfalls können zusätzliche Informationen auch in einem ergänzenden nationalen Ausschreibungsleitfaden definiert sein.

1 ANFORDERUNGEN UND FÖRDERUNGSKONDITIONEN

1.1 Was sind F&E Einzelprojekte auf transnationaler Ebene?

Ein F&E Einzelprojekt auf transnationaler Ebene ist ein innovatives Forschungsvorhaben, **welches auf österreichischer Seite von einer Institution** im Bereich der Forschungskategorie **industrielle Forschung oder experimentelle Entwicklung innerhalb eines transnationalen Projekts (ERA-NET, Joint Programming Initiative und dgl.)** durchgeführt wird. Die maßgeblichen Teile des Vorhabens werden vom Förderungswerber selbst durchgeführt. Das Risiko (inhaltlich wie wirtschaftlich) liegt allein beim Förderungswerber. Wesentlich zur Förderung von transnationalen F&E Einzelprojekten ist u. a. (siehe Kapitel 1.6) die Additionalität. Unter Additionalität wird die Wirkung der Förderung verstanden. Es wird dabei hinterfragt, in welchem Umfang die Förderung eine Projektdurchführung erst ermöglicht bzw. zur Erweiterung des Projektumfangs beiträgt.

Die Laufzeit eines F&E Einzelprojekts auf transnationaler Ebene ist mit **maximal 3 Jahren** beschränkt. Die Dimensionierung des Vorhabens sollte sich in Bezug auf die **beantragte Förderung** in einer Bandbreite zwischen **100.000.- EUR** und **2 Mio EUR** bewegen. Die Untergrenze ist als Richtwert anzusehen. Die Obergrenze von 2 Mio. EURO ist fix und kann nicht überschritten werden.

Für das Konsortium des transnationalen Projekts, im Rahmen dessen das Einzelprojekt durchgeführt wird, gelten folgende Bedingungen:

Es sind sowohl Kooperationen zwischen Unternehmen als auch Kooperationen zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen möglich. In jedem Fall muss mindestens ein Unternehmen im Konsortium vertreten sein. Je nach Fokus der Kooperation gelten folgende Bedingungen:

- **Unternehmensdominierte Kooperationen:** Die Unternehmenspartner tragen **mehr** als 80% der förderbaren Kosten
 - Es muss mindestens ein KMU¹ im Konsortium sein
 - Im Konsortium müssen mindestens zwei voneinander unabhängige Unternehmen vertreten sein²
 - Kein Unternehmen darf mehr als 70% der förderbaren Projektkosten tragen, wobei Anteile verbundener Unternehmen einem Unternehmen zugerechnet werden
- **Wissenschafts- Wirtschaftskooperationen:** Die Unternehmenspartner tragen **weniger** als 80% der förderbaren Kosten
 - Der Anteil der Forschungseinrichtung(en) an den förderbaren Kosten darf 80% nicht übersteigen
 - Die Forschungseinrichtungen müssen das Recht haben, die Ergebnisse ihrer im Rahmen des Vorhabens durchgeführten Arbeiten zu veröffentlichen

1.2 Wer ist förderbar bzw. teilnahmeberechtigt?

1.2.1 Wer ist förderbar und teilnahmeberechtigt?

Förderbar sind außerhalb der Bundesverwaltung stehende **juristische Personen, Personengesellschaften oder EinzelunternehmerInnen.**

Folgende Auflistung illustriert exemplarisch die möglichen Rechtsformen förderbarer Organisationen:

¹ Bezüglich der Unternehmensgröße ist die jeweils geltende KMU-Definition gemäß EU-Wettbewerbsrecht ausschlaggebend. (Definition der kleinen und mittleren Unternehmen sowie der eigenständigen Unternehmen gemäß Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003, (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S 36-41)

http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/files/sme_definition/sme_user_guide_de.pdf

² Voneinander unabhängige Unternehmen sind solche, die aneinander weniger als 25% des Kapitals oder der Stimmrechte besitzen. Diese Regelung gilt auch für Beteiligungsverhältnisse über Muttergesellschaften etc. (Siehe KMU-Definition)

juristische Personen

- Kapitalgesellschaften, wie GmbH; AG;
- Universitäten gemäß § 6 Universitätsgesetz 2002;
- Privatuniversitäten;
- Vereine;
- Selbstverwaltungskörper;
- Teilrechtsfähige, aus der Bundesverwaltung ausgegründete Rechtspersonen;
- Länder und Gemeinden;
- vom Bund verschiedene juristische Personen als Erhalter von Fachhochschul-Studienlehrgängen und Fachhochschulen;
- europäische Gesellschaften (SE);
- europäische Genossenschaft (SCE);
- europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV);

Förderbare Organisationen können sich an der Ausschreibung als Konsortialführer des transnationalen Konsortiums oder Partner beteiligen und erhalten eine Förderungsquote entsprechend der Forschungskategorie und des Organisationstyps (s. Kapitel 1.6).

Personengesellschaften

- offene Gesellschaften (OG);
- Kommanditgesellschaften (KG);

EinzelunternehmerInnen

1.2.2 Wer ist teilnahmeberechtigt, aber nicht förderbar?

Natürliche Personen können außerdem als **Subauftragnehmer** in Betracht gezogen werden. Sie haben kein Anrecht auf die Nutzung der Projektergebnisse und erbringen definierte Leistungen für Partner, die in der Projektkostenkategorie „Drittkosten“ angeführt werden.

1.3 Wie hoch ist die Förderung?

Die Förderung pro Projekt beträgt maximal 2 Mio EUR.

Die Förderung erfolgt in Form von **nicht-rückzahlbaren Zuschüssen**.

Die **Förderungsquote für eine förderbare Organisation richtet sich nach der Forschungskategorie**, der das Vorhaben zuzuordnen ist, **sowie nach dem jeweiligen Organisationstyp**.

Forschungs-kategorien	Kleine Unternehmen	Mittlere Unternehmen	Große Unternehmen	Forschungs-einrichtungen
Industrielle Forschung	80 %	70 %	55 %	80%
Experimentelle Entwicklung	60 %	50 %	35 %	60%

Grundsätzlich gibt es zwei Gruppen von Förderungswerbern: Unternehmen und Forschungseinrichtungen.

Kleinstunternehmen fallen in die Kategorie Kleine Unternehmen.

Unter Forschungseinrichtungen werden **Universitäten, Fachhochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen** und **sonstige wissenschaftsorientierte Organisationen** (z.B. Vereine entsprechend Vereinszweck) verstanden.

Gemeinden und Länder werden den Großunternehmen zugeordnet. Andere (öffentliche) **Bedarfsträger und nicht wissenschaftsorientierte Vereine** (entsprechend Vereinszweck) werden nach der geltenden KMU-Definition gemäß EU-Wettbewerbsrecht zugeordnet.

Liegen keine Daten in dem auf dem österreichischen Firmenbuch aufbauenden Firmen-Compass vor (z.B. bei Vereinen, Start-ups, Einzelunternehmen, Ausländische Unternehmen), so muss im Zuge der Antragseinreichung eine eidesstattliche Erklärung zum KMU-Status abgegeben werden. In der von der FFG zur Verfügung gestellten Vorlage muss – sofern möglich – eine Einstufung der letzten 3 Jahre lt. KMU-Definition³ vorgenommen werden. Die Vorlage für die eidesstattliche Erklärung zum KMU-Status wird im Downloadcenter der jeweiligen Ausschreibung bereitgestellt.

Falls eine Organisation nicht im Firmen-Compass eingetragen ist und als KMU einreichen will, dann ist die eidesstattliche Erklärung zum KMU-Status dem elektronischen Antrag via eCall als Anlage beizufügen.

1.4 Welche Kosten werden anerkannt?

Förderbare Kosten sind alle dem Projekt zurechenbaren Ausgaben bzw. Aufwendungen, die direkt, tatsächlich und zusätzlich (zum herkömmlichen Betriebsaufwand) für die Dauer der geförderten Forschungstätigkeit entstanden sind.

Der frühest mögliche Zeitpunkt für den Projektstart ist nach Einreichung des Förderungsansuchens. Der Zeitraum der **Kostenanerkennung** entspricht der **vertraglich festgelegten Laufzeit des Projekts**, die mit dem Datum des Projektstarts beginnt und dem Datum des Projektendes endet.

³ http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/files/sme_definition/sme_user_guide_de.pdf

Detailinformationen zu anerkennbaren und nicht anerkennbaren Kosten sind im „Leitfaden zur Behandlung der Projektkosten in Förderungsansuchen und Berichten“ – kurz Kostenleitfaden – unter der Webadresse www.ffg.at/kostenleitfaden festgelegt.

Zusätzlich gilt für F&E Einzelprojekte auf transnationaler Ebene, dass

- **transnationale Partner nicht gleichzeitig** als Subauftragnehmer in der Kostenkategorie Drittkosten auftreten dürfen.
- **Drittkosten 20 %** der Gesamtkosten **nicht überschreiten** sollen. Überschreitungen sind im inhaltlichen Förderungsansuchen (Projektbeschreibung) zu begründen.

1.5 Was ist bei der Regelung der Verwertungsrechte zu beachten?

Die mit Unterstützung der FFG erzielten Forschungsergebnisse sind einer bestmöglichen Verwertung für die österreichische Wirtschaft zuzuführen. Die Verwertungsrechte der nationalen Projektergebnisse liegen bei dem/der FörderungsnehmerIn.

Wenn die mit der Förderung erzielten Forschungsergebnisse zum Patent angemeldet oder im Wege von Lizenz- bzw. Know-how-Verträgen Dritten zugänglich gemacht werden sollen, hat dies der Förderungsnehmer im Zuge der Berichtserstattung mitzuteilen.

Sofern es der transnationale Ausschreibungsleitfaden nicht anders regelt, ist ein **Consortium Agreement** zu erstellen, das die transnationale Zusammenarbeit und insbesondere auch die Verwertungsrechte (IPR) an den geförderten Projektergebnissen regelt. Vor Auszahlung der 1. nationalen Förderungsrate ist der FFG vom Förderungsnehmer zu bestätigen, dass das von sämtlichen ProjektpartnerInnen des transnationalen Projekts rechtsgültig unterschriebene Consortium Agreement beim transnationalen Konsortialführer vorliegt.

1.6 Nach welchen Kriterien werden die Förderungsansuchen beurteilt?

Die Beurteilung der Förderungsansuchen erfolgt nach den jeweiligen Kriterien, die der transnationale Ausschreibungsleitfaden zur Projekteinreichung vorgibt. Gegebenenfalls können zusätzliche Informationen zur Beurteilung auch in einem ergänzenden nationalen Ausschreibungsleitfaden definiert sein.

Die Zuordnung des Vorhabens zur **Forschungskategorie** wird im Zuge des Bewertungsverfahrens überprüft und kann gegebenenfalls zu einer Änderung der Förderungsquote führen.

1.7 Welche Dokumente sind für die Einreichung erforderlich?

Die Projekteinreichung ist gemäß den Vorgaben des transnationalen und – wenn vorhanden – auch gemäß den Vorgaben des ergänzenden nationalen Ausschreibungsleitfadens durchzuführen.

Ergänzende Unterlagen können im Einzelfall gefordert werden.

Die **Sprache**, in welcher das Förderungsansuchen bzw. gegebenenfalls das nationale Ergänzungsansuchen zu verfassen ist, wird im jeweils relevanten Ausschreibungsleitfaden festgelegt.

1.8 Müssen weitere Projekte angegeben werden?

Im Förderungsansuchen müssen jene Projekte angeführt werden, die mit öffentlichen nationalen Mitteln und/oder EU-Mitteln gefördert wurden bzw. werden. Zu nennen sind sowohl laufende und abgeschlossene Projekte der letzten 5 Jahre als auch beantragte Vorhaben mit thematischem und inhaltlichem Bezug zur Ausschreibung bzw. zum gegenständlich eingereichten Vorhaben. Dies dient der Sicherstellung einer klaren Abgrenzung des gegenständlichen Vorhabens zu anderen bereits geförderten, laufenden bzw. beantragten Vorhaben.

Die vollständige und umfassende Darstellung bisher erhaltener und beantragter Förderungsmittel im Themenbereich schmälert nicht die Förderungschancen in der gegenständlichen Ausschreibung, sondern dient der Vermeidung von Doppelförderungen und weist die Expertise des Förderungswerbers aus.

Die Angabe dieser Projekte hat im inhaltlichen Förderungsansuchen zu erfolgen.

1.9 Wissenschaftliche Integrität

Eine Förderungsvergabe erfolgt nur an jene Förderungsnehmer, deren wissenschaftliche Qualität nachweisbar bei Antragstellung und während der Projektabwicklung gegeben ist. Um eine derartige wissenschaftliche Qualität sicherstellen zu können, ist die FFG Mitglied der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität – OeAWI (<http://www.oeawi.at/de/statuten.html>).

Im Rahmen ihrer Mitgliedschaft unterstützt die FFG die Einhaltung der Regeln guter wissenschaftlicher Praxis. Im Zuge der Formalprüfung von Anträgen und im Falle von vermutetem wissenschaftlichem Fehlverhalten kann die FFG relevante Sachverhalte und die dafür notwendigen Unterlagen an die Kommission für wissenschaftliche Integrität der OeAWI übermitteln. Die OeAWI entscheidet über die Einleitung eines unabhängigen Untersuchungsverfahrens und nimmt im Bedarfsfall derartige Untersuchungen vor.

Werden im Rahmen des Untersuchungsverfahrens Umstände bekannt, die eine mangelnde wissenschaftliche Qualität des beantragten Vorhabens belegen oder wissenschaftliches Fehlverhalten (z.B. Plagiat) bestätigen, kann die FFG nach eigenem Ermessen die Überarbeitung des Förderungsansuchens fordern, oder aus formalen Gründen ablehnen. Bei bereits geförderten Projekten kann es zur Minderung, Einbehaltung oder Rückforderung der gewährten bzw. bereits ausbezahlten Förderungsmittel kommen.

2 ABLAUF DER EINREICHUNG

2.1 Wie verläuft die Einreichung?

Die Einreichung ist gemäß den Angaben des transnationalen Ausschreibungsleitfadens und gemäß eines allenfalls vorhandenen ergänzenden nationalen Ausschreibungsleitfadens durchzuführen.

Es sind ausnahmslos die Antragsformulare der jeweiligen transnationalen Ausschreibung zu verwenden.

2.2 Wie wird die Geheimhaltung von vertraulichen Projektdaten gesichert?

Die FFG ist gesetzlich gemäß § 9 Abs 4 Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH-Errichtungsgesetz BGBl. I Nr. 73/2004 gegenüber dem/der FörderungswerberIn zur Geheimhaltung verpflichtet und hat alle im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit erhaltenen Firmen- und Projektinformationen geheim zu halten. Eine Veröffentlichung von Projektinhalten und -ergebnissen durch die FFG kann daher nur einvernehmlich mit dem/der FörderungsempfängerIn erfolgen. Auch externe ExpertInnen, die in Einzelfällen zur Beurteilung von Projekten herangezogen werden, sind zur Geheimhaltung verpflichtet.

Im Rahmen der Berichtspflichten an die EU werden die Namen der Begünstigten, der Beihilfebetrag, die Beihilfenintensität und die Wirtschaftszweige in denen die geförderten Vorhaben durchgeführt werden, gemeldet.

Weiters wird zur Kenntnis gebracht, dass die im Zusammenhang mit der Anbahnung und Abwicklung des Vertrages anfallenden personenbezogenen Daten, deren Verwendung eine wesentliche Voraussetzung für die Wahrnehmung einer der FFG gesetzlich übertragenen Aufgabe oder sonst gemäß § 7 bis 11 des Datenschutzgesetzes 2000 zulässig ist, von der FFG für Zwecke des Abschlusses und der Abwicklung des Förderungsvertrages, der Wahrnehmung der der FFG gesetzlich übertragenen Aufgaben und für Kontrollzwecke verwendet werden und es im Rahmen dieser Verwendung dazu kommen kann, dass die Daten insbesondere an Organe und Beauftragte des Rechnungshofes, des Bundesministers für Finanzen und der EU übermittelt oder offen gelegt werden müssen.

3 PROJEKTBEWERTUNG UND FÖRDERUNGSENTSCHEIDUNG

3.1 Was ist die Formalprüfung auf nationaler Ebene?

Bei der Formalprüfung auf nationaler Ebene wird das Förderungsansuchen in Ergänzung zu den transnationalen Förderbarkeitskriterien auf **formale Richtigkeit und Vollständigkeit** geprüft. Die Angaben im Förderungsansuchen (bzw. gegebenenfalls in einem ergänzenden nationalen Antragsformular) werden bei der Formalprüfung nicht inhaltlich geprüft. Dies geschieht im Rahmen des Bewertungsverfahrens. Sollte sich nach der Formalprüfung herausstellen, dass Angaben nicht korrekt gemacht wurden, kann das Förderungsansuchen auch noch zu einem späteren Zeitpunkt aus dem Verfahren ausgeschieden werden.

Das **Ergebnis** der Formalprüfung wird innerhalb von **vier Wochen via eCall Nachricht** kommuniziert.

Sind die Formalvoraussetzungen nicht erfüllt und handelt es sich dabei um nicht-behebbar Mängel, wird das Förderungsansuchen bei der Formalprüfung aus dem weiteren Verfahren ausgeschieden!

3.2 Wie verläuft das Bewertungsverfahren?

Die fachliche Begutachtung basiert auf den im Ausschreibungsleitfaden und allenfalls vorhandenen ergänzenden nationalen Ausschreibungsleitfaden angeführten Kriterien und erfolgt durch **nationale und/oder internationale ExpertInnen** auf der Grundlage der eingereichten Dokumente.

Nach der Erstbegutachtung auf Basis der definierten Bewertungskriterien wird durch ein **Bewertungsgremium** unter Berücksichtigung der schriftlich vorliegenden Gutachten eine Förderungsempfehlung ausgesprochen.

Weiters erfolgt eine **Überprüfung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit** (Bonität und Liquidität) des Förderungswerbers durch FFG-interne ExpertInnen. Die Förderung insolventer Unternehmen ist jedenfalls nicht möglich.

Wenn im Ausschreibungsleitfaden vermerkt, kann zusätzlich ein ergänzendes nationales Antragsdokument gefordert werden, dessen Inhalt von der FFG geprüft wird.

3.3 Wer trifft die Förderungsentscheidung?

Die Förderungsentscheidung obliegt dem/ den jeweils zuständigen Gremien gemäß Ausschreibungsleitfaden.

4 ABLAUF NACH DER FÖRDERUNGSENTSCHEIDUNG

4.1 Wie erfolgt die Förderungsvertragserrichtung?

Im Fall der Gewährung einer Förderung übermittelt die FFG dem Förderungsnehmer ein zeitlich befristetes Förderungsangebot. Nimmt der Förderungsnehmer das Förderungsangebot, samt allfälligen Auflagen, innerhalb der im Förderungsangebot festgelegten Frist an, wird der Förderungsvertrag erstellt.

Im Förderungsvertrag werden unter anderem der Förderungsnehmer, Projekttitel, Höhe der förderbaren Projektkosten, bewilligte Förderung, Förderungszeitraum, Auszahlung der Förderung, Berichtspflichten und zusätzliche Auflagen festgelegt.

Der Förderungsvertrag ist firmenmäßig gezeichnet im Original zu retournieren.

Bis zum Abschluss des Förderungsvertrags besteht kein Anspruch auf Förderung.

4.2 Wie sind Empfehlungen und Auflagen zu berücksichtigen?

Im Rahmen der Begutachtung des Förderungsansuchens können Empfehlungen oder verbindliche Auflagen formuliert werden. Bei Auflagen kann es sich um Bedingungen für das Zustandekommen des Förderungsvertrags oder um zu erfüllende Bedingungen innerhalb der Projektlaufzeit handeln.

4.3 Wie erfolgt die Auszahlung der Förderungsraten?

Nach der Unterzeichnung des Förderungsvertrags sowie der Erfüllung von Auflagen erfolgt die Auszahlung der ersten Rate.

Weitere Raten werden **gemäß Projektfortschritt**, nach Prüfung der im Förderungsvertrag festgelegten Zwischenberichte (inklusive Zwischenabrechnung) und ggf. nach der Erfüllung weiterer Auflagen auf Basis des FFG Ratenschemas überwiesen.

Die **Auszahlung von Förderungsmitteln** während der Laufzeit des Projektes ist **nicht** einer **Kostenanerkennung** gleichzusetzen.

Vor Auszahlung der Endrate erfolgt die Prüfung des Endberichtes und der Endabrechnung. Die **Kostenanerkennung erfolgt mit der Entlastung** des Projektes nach der Rechnungsprüfung durch Projektcontrolling & Audit der FFG.

FFG Ratenschema			
Projektlaufzeit in Monaten	0 - 18	19 - 30	31 - 36
Anzahl der Berichte (Zwischenberichte und Endbericht)	2	2	3
1. Rate in % der Förderung laut Vertrag	50 %	50 %	30 %
2. Rate bis zu % der Förderung laut Vertrag	30 %	40 %	30 %
3. Rate bis zu % der Förderung laut Vertrag			30 %
Endrate bis zu % der Förderung laut Vertrag	20 %	10 %	10 %

4.4 Welche Berichte und Abrechnungen sind auf nationaler Ebene erforderlich?

Sofern im transnationalen (oder wenn vorhanden auch nationalen) Ausschreibungsleitfaden nicht anders festgehalten, muss innerhalb eines Monats nach den im Förderungsvertrag festgelegten Berichtslegungsterminen jeweils ein fachlicher **Zwischenbericht** sowie eine **Zwischenabrechnung via Berichtsfunktion des eCall-Systems** oder bei Projekten, die nicht via eCall abgewickelt werden, via Email vorgelegt werden. Bei Projekten mit einer Laufzeit von weniger als 18 Monaten entfällt die Zwischenabrechnung.

Innerhalb von 3 Monaten nach Projektende sind ein fachlicher **Endbericht** und eine **Endabrechnung** ebenfalls **via Berichtsfunktion des eCall-Systems** oder bei Projekten, die nicht via eCall abgewickelt werden, via Email zu legen. Sämtliche Berichte und Abrechnungen auf nationaler Ebene müssen die Tätigkeiten und angefallenen Kosten **des Fördernehmers** umfassen, für die Förderungsmittel durch die FFG ausbezahlt werden!

Zur Berichtserstellung müssen die jene Formularvorlagen verwendet werden, auf die im transnationalen Ausschreibungsleitfaden verwiesen wird.

Detailinformationen zu anerkehbaren und nicht anerkehbaren Kosten sind im „Leitfaden zur Behandlung der Projektkosten in Förderungsansuchen und Berichten“ unter der Webadresse **www.ffg.at/Kostenleitfaden** festgelegt.

Darüber hinaus ist der Förderungsnehmer verpflichtet, bei Bedarf mit der FFG und den zuständigen Ressorts zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit zusammenzuarbeiten. Dies betrifft insbesondere die Bereitstellung von nicht vertraulichen Projektinformationen und Bildmaterial für elektronische Disseminationsportale und andere mediale Zwecke.

4.5 Wie sollen Projektänderungen kommuniziert werden?

Wesentliche Projektänderungen oder **Änderungen bei dem Förderungsnehmer** (z.B. Änderungen von Eigentumsverhältnissen, Insolvenzverfahren) müssen unmittelbar nach Bekanntwerden der FFG mitgeteilt werden.

Sämtliche **Änderungen von vertraglich festgelegten Parametern** (Projekthalte, Förderungsnehmer, Kosten, Termine, Förderungszeitraum, etc.) sind zu beantragen, zu begründen und **bedürfen der Genehmigung der FFG**.

Die **Beantragung** durch eine entsprechende Darstellung und Begründung der Änderung erfolgt via **eCall-Nachricht** oder bei Projekten, die nicht via eCall abgewickelt werden, via Email; gegebenenfalls müssen die dazugehörigen Unterlagen als Dateianhang uploaded bzw. per Post übermittelt werden.

Kostenumschichtungen innerhalb der Kostenkategorien (z. B. Sachkosten zu Personalkosten) sind möglich.

Geringfügige Kostenumschichtungen sind zu begründen. Dies kann im Rahmen der Berichtslegung oder via eCall-Nachricht erfolgen. Geringfügige Kostenumschichtungen betreffen Beträge unter 15 % der Gesamtkosten oder Beträge unter 15.000 EUR.

Größere Kostenumschichtungen sind all jene, die nicht mehr als geringfügig eingestuft werden können. Größere Kostenumschichtungen sind mit Hilfe der Kostenumschichtungstabelle (Vorlage der FFG) und einer detaillierten Darstellung und Begründung vorab zu beantragen.

4.6 Kann der Förderungszeitraum verlängert werden?

Sind die Projektziele zum Ende des Förderungszeitraums noch nicht erreicht und wurde auch der genehmigte Kostenrahmen noch nicht überschritten, so kann der Förderungszeitraum **kostenneutral um maximal ein Jahr** verlängert werden.

Voraussetzungen sind, dass die Ausführung der Leistung ohne Verschulden des Förderungsnehmers eine Verzögerung erfahren hat und die Förderungswürdigkeit des Projektes weiterhin gegeben ist.

Ein **Antrag auf Verlängerung des Förderungszeitraums** muss jedenfalls per eCall-Nachricht oder bei Projekten, welche nicht über eCall abgewickelt werden via Email **innerhalb der genehmigten Projektlaufzeit** eingebracht werden.

4.7 Was passiert nach dem Ende der Projektlaufzeit?

Nach **Prüfung des fachlichen Endberichts und der Endabrechnung** erfolgt die Rechnungsprüfung zur Feststellung der widmungsgemäßen Verwendung der Förderungsmittel durch Projektcontrolling & Audit der FFG. Im Zuge der **Rechnungsprüfung** werden die **endgültig anerkehbaren Kosten festgestellt**.

Das **Ergebnis** der Prüfung **wird dem Förderungsnehmer schriftlich bekanntgegeben**. War die Projektprüfung positiv, wird die widmungsgemäße Verwendung der Förderungsmittel bestätigt, bei **negativem** Prüfergebnis können entsprechende **Rückforderungen** eingeleitet werden.

Ist die Prüfung **positiv abgeschlossen** und die ursprünglich geplanten Kosten wurden erreicht, so wird die im Förderungsvertrag festgelegte Endrate überwiesen. Bei **Kostenunterdeckung** werden die Förderungsmittel **aliquot gekürzt**.

Eine Kürzung der Förderungsmittel aus inhaltlichen sowie formalen und rechtlichen Gründen ist möglich.

5 Anhang I: Was bedeuten „Industrielle Forschung“ und „Experimentelle Entwicklung“?

Die Forschungskategorie „**Industrielle Forschung**“ unterscheidet sich von „**Experimentelle Entwicklung**“ durch:

- besonders hohen Innovationsgehalt
- erhöhtes Entwicklungsrisiko
- an die Forschungskategorie „Grundlagenforschung“ anschließend
- Marktferne

Industrielle Forschung

„Industrielle Forschung“ bezeichnet **planmäßiges Forschen oder kritisches Erforschen zur Gewinnung neuer Kenntnisse und Fertigkeiten** mit dem Ziel, neue Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen zu entwickeln oder zur Verwirklichung erheblicher Verbesserungen bei bestehenden Produkten, Verfahren oder Dienstleistungen nutzen zu können. Hierzu zählt auch die Schöpfung von Teilen komplexer Systeme, die für die industrielle Forschung und insbesondere die Validierung von technologischen Grundlagen notwendig sind, mit Ausnahme von Prototypen, die unter die Forschungskategorie „Experimentelle Entwicklung“ fallen.

Folgende Fragen können als **Hilfestellung zur Einstufung** der Projektkategorie Industrielle Forschung herangezogen werden:

- Ist der Innovationsgehalt besonders hoch einzustufen?
- Dienen die neuen Kenntnisse und Fertigkeiten dem Ziel, neue Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen zu entwickeln?
- Dienen die neuen Kenntnisse und Fertigkeiten dem Ziel, zur Verwirklichung erheblicher Verbesserungen bei bestehenden Produkten, Verfahren oder Dienstleistungen beizutragen?
- Ist die Erstellung eines Prototypen im Rahmen der Arbeiten ausgeschlossen?
- Ist eine direkte kommerzielle Verwertung der Ergebnisse ausgeschlossen?
- Gibt es (noch) keinen kommerziellen Markt für die angestrebten Ergebnisse?
- Haben Forschungseinrichtungen einen hohen Anteil an den Gesamtkosten?

Experimentelle Entwicklung

„Experimentelle Entwicklung“ bezeichnet den Erwerb, die Kombination, die Formung und die Verwendung **vorhandener** wissenschaftlicher, technischer, wirtschaftlicher und sonstiger einschlägiger Kenntnisse und Fertigkeiten zur **Erarbeitung von Plänen und Vorkehrungen oder Konzepten für neue, veränderte oder verbesserte Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen**. Dazu zählen auch beispielsweise andere Tätigkeiten zur Definition, Planung und Dokumentation neuer Produkte, Verfahren und Dienstleistungen sowie auch die Erstellung von Entwürfen, Zeichnungen, Plänen und

anderem Dokumentationsmaterial, soweit dieses nicht für gewerbliche Zwecke bestimmt ist.

Auch die Entwicklung von kommerziell nutzbaren **Prototypen** und Pilotprojekten ist eingeschlossen, wenn es sich beim Prototyp notwendigerweise um das kommerzielle Endprodukt handelt und seine Herstellung allein für Demonstrations- und Auswertungszwecke zu teuer wäre.

Die **experimentelle Produktion und Erprobung von Produkten, Verfahren und Dienstleistungen** ist ebenfalls beihilfefähig, **soweit sie nicht in industriellen Anwendungen oder kommerziell genutzt oder für solche Zwecke umgewandelt werden können**. Experimentelle Entwicklung umfasst keine routinemäßigen oder regelmäßigen Änderungen an Produkten, Produktionslinien, Produktionsverfahren, bestehenden Dienstleistungen oder anderen laufenden betrieblichen Prozessen, selbst wenn diese Änderungen Verbesserung darstellen sollten.

Experimentelle Entwicklung beinhaltet auch Demonstrationsprojekte.

Folgende Fragen können als **Hilfestellung zur Einstufung** der Projektkategorie Experimentelle Entwicklung herangezogen werden:

- Handelt es sich um die Entwicklung von Technologien und Komponenten für einen konkreten Anwendungsfall bzw. um die Erprobung von Entwicklungen im Pilotstadium?
- Wird auf vorhandenen wissenschaftlichen, technischen, wirtschaftlichen und sonstigen einschlägigen Kenntnissen und Fertigkeiten aufgebaut?
- Werden Pläne erstellt, Vorkehrungen getroffen oder Konzepte für neue, veränderte oder verbesserte Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen erstellt? (Dazu zählen auch beispielsweise andere Tätigkeiten zur Definition, Planung und Dokumentation neuer Produkte, Verfahren und Dienstleistungen sowie auch die Erstellung von Entwürfen, Zeichnungen, Plänen und anderem Dokumentationsmaterial, soweit dieses nicht für gewerbliche Zwecke bestimmt ist.)
- Wird im Rahmen der Arbeiten ein Prototyp erstellt?
- Ist eine kommerzielle Verwertung der Ergebnisse geplant?
- Gibt es einen kommerziellen Markt für die angestrebten Ergebnisse?
- Handelt es sich um eine nicht routinemäßige oder nicht regelmäßige Änderung an Produkten, Produktionslinien, Produktionsverfahren, bestehenden Dienstleistungen oder anderen laufenden betrieblichen Prozessen?